

Die Frage des Austausches der Internierten.

(Von informierter Seite.)

Prinz Max von Baden und Staatssekretär Dr. Solf haben uns ermahnt, den Gehreben der feindlichen Politiker sozusagen nur mit halbem Ohre zuzuhören und uns durch sie nicht von der Gesinnung der Friedfertigkeit und Menschlichkeit abdrängen zu lassen. Das ist gewiß eine beherzigenswerte Aufforderung und bei uns und in Deutschland ist die Stimmung weitester Kreise der Bevölkerung durchaus vorbereitet und geneigt, ihr nachzukommen. Das muß, so oft über das Verhalten der Regierungen von England und Frankreich in Angelegenheit unserer in ihrer Gewalt befindlichen Zivilinternierten gesprochen wird, vorausgeschickt werden, denn die Wahrheit in diesen Dingen darzulegen, heißt zugleich über aufreizende Unmenschlichkeiten Bericht zu erstatten. Uns aber liegt nichts ferner, als unsere Bevölkerung gegen das feindliche Ausland noch weiter aufzuwegen und sie zu einer Gesinnung des Hasses zu verleiten. Unser Bestreben geht lediglich dahin, unsere Bevölkerung immer wieder darauf aufmerksam zu machen, daß die Interniertenfrage von Frankreich und England unmenschlicherweise als ein Kampfmittel mißbraucht wird, um die Monarchie in den Augen der internierten Oesterreicher und Ungarn herabzusetzen und dadurch, daß die Internierten in ihren Briefen an die Angehörigen sich über mangelnde Fürsorge der Heimatsbehörden beschwerten, zugleich in Oesterreich-Ungarn Mißstimmung zu erregen. Wir sind leider nicht in der Lage, die Internierten selbst über den wahren Sachverhalt aufzuklären, Briefe und Zeitungen, die dies besorgen könnten, gelangen nicht in ihre Hände und was sie bei gelegentlichen Besuchen von Delegierten der mit der Wahrung unserer Interessen betrauten Schutzmächte vernehmen, wird in der Wirkung mehr als aufgewogen durch die täglich auf sie einströmenden Lügen und Entstellungen, mit deren Uebermittlung die in den Lagern sich stets aufhaltenden Unterorgane der feindlichen Regierungen betraut sind.

Die österreichisch-ungarische Regierung, die bis vor kurzem nur über bereits günstig verlaufene Aktionen in dieser Frage die Öffentlichkeit informierte, weil sie von einem anderen Verfahren eine unnütze Beunruhigung und unter Umständen eine niederdrückende Enttäuschung der Angehörigen besorgte, hat die Absicht, in Zukunft einen anderen Weg einzuschlagen, und soweit nur irgend tunlich, mit jedem ihrer diesfälligen Schritte sogleich an die Öffentlichkeit zu treten. Dadurch soll zum mindesten erreicht werden, daß die feindliche Propaganda nicht mehr als die Hälfte des angestrebten Zweckes erzielt und daß es ihr versagt bleibt, bei unserer eigenen Bevölkerung irrige Vorstellungen zu erregen. Vielleicht wird aber auch auf diesem Wege die neutrale Welt auf die unerhörten Methoden, die unseren Internierten gegenüber praktiziert werden, in höherem Maße als bisher aufmerksam; vielleicht wird dann und auf solchem Umweg der Appell an das Schamgefühl und an die Menschlichkeit derer wirksamer werden, die es über sich bringen, um kleinlicher Zwecke willen unsere Internierten die tiefsten seelischen Qualen auszusetzen.

Bis auf jene Nationalen, die freiwillig in Feindesländern zurückgeblieben sind, handelt es sich heute nur um solche Internierte, die wehrfähig sind. Daß die übrigen

Internierten, die Frauen sowie die Personen männlichen Geschlechts unter 16 Jahren und über 60 Jahren, ferner Ärzte, Geistliche usw. entlassen wurden, ist ein Verdienst der österreichisch-ungarischen Regierung, die seinerzeit bezüglich dieser Kategorie von Internierten die Initiative ergriffen hat. Auch in zahlreichen anderen Fragen, die das Los der Internierten betrafen, hat die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit ihr Bestes getan, und es ist ihr auf diesem Gebiete glücklicherweise mancher schöne Erfolg beschieden gewesen.

Es kann aber unserer Öffentlichkeit der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie selbst an dem Lose unserer Internierten die längste Zeit nicht das volle Maß von Teilnahme bekundete, daß von amtswegen angeregte und geleitete charitative Sammlungen für die Internierten keine allzu großen Ergebnisse aufwiesen. Schuld daran mag auch die Tatsache tragen, daß unsere Öffentlichkeit bis zum Kriegsausbruch an unseren auswärtigen Beziehungen und an den Nationalen, die zum Teil deren Träger und Pfleger waren, nur ein geringes Interesse nahm. Die vom Ministerium des Aeußern in die Wege geleitete Palästina-Aktion, der ein besseres Verständnis für die Bedeutung der Frage zu Hilfe kam, hatte dementsprechend auch größere Resultate aufzuweisen.

Daß wir einer systematischen Propaganda des Feindes gegenüberstehen, ist zweifellos. Der Beweis liegt auf der Hand: Die Interniertenbriefe wurden von Anfang an, bevor sie den Adressaten zugestellt wurden, von amtswegen geöffnet und gelesen, um sobald als möglich zur Kenntnis der darin etwa enthaltenen Wünsche und Beschwerden zu gelangen und ohne Verzug intervenieren zu können. Das ist in zahllosen Fällen geschehen, ohne daß die Internierten davon Kenntnis erhielten. Ein invalider Offizier, der in England als Zivilinternierter zurückgehalten worden war und sich in dem mit den Interniertenfragen befaßten Departement des Auswärtigen Amtes darüber beschwerte, daß für ihn und seine Freilassung nichts getan worden sei, war sehr erstaunt, als er aus den ihm vorgelegten Akten entnahm, daß man seine Entlassung nicht weniger als fünfmal urgiert hatte und daß ähnliche Bemühungen für mehrere seiner von ihm namhaft gemachten Leidensgenossen angewendet worden waren. Erst seit etwa einem halben Jahre mehren sich die Klagen in den Interniertenbriefen, die Beschwerden über das Schlechterwerden der Kost, über Unterdrückungen aller Art, über Unregelmäßigkeiten in der Korrespondenz, und in auffälliger Uebereinstimmung schließen diese Klagebriefe mit bitteren Vorwürfen über die Interesslosigkeit der Heimatsbehörden. „Für uns geschieht nichts, wir wissen es genau, denn wir werden darüber informiert. Geht zur Regierung, zu unserem Abgeordneten, damit dem Unfug ein Ende gemacht wird und man uns endlich nach Hause läßt.“ So und ähnlich klingt es aus jedem Briefe. Das gleiche Verfahren wenden übrigens Engländer und Franzosen gegenüber den deutschen Internierten an und das gewünschte Resultat ist dasselbe: Kammerbriefe an die Angehörigen, erregte Vorwürfe, was alles zu tun von der deutschen Regierung unterlassen werde!

Einem Gesamtaustausch der Zivilinternierten hat die österreichisch-ungarische Regierung schon im November des vorigen Jahres ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Vorher war bei der zwischen den Kriegführenden bestehenden Stimmung

an eine Regelung auf diesem Gebiete überhaupt nicht zu denken gewesen. Inzwischen ist es der deutschen Regierung allerdings gelungen, zu einem Austauschabkommen mit England und Frankreich zu gelangen, aber nur dadurch, daß in dem Augenblicke, als auf beiden Seiten nur mehr die wehrfähigen Internierten zurückgeblieben waren, die Idee austauchte, dort, wo starke Unterschiede in der Anzahl der hien und drüben zurückgehaltenen Internierten obwalteten, die Freilassung von Kriegsgefangenen als Ersatz für Zivilinternierte anzubieten und anzunehmen. In dieser Hinsicht war aber Deutschland und, insolge ihrer vielen Kämpfe mit englischen Truppen, auch die Türkei in besserer Lage als Oesterreich-Ungarn. Wir haben allein in England und den englischen Kolonien ungefähr 20.000 Nationalen, in den Vereinigten Staaten über eine Million, andererseits aber nur wenige Franzosen und Engländer, von Amerikanern ganz zu schweigen, auf unserem Gebiete. An das Auskunstmittel, Kriegsgefangene für Zivilinternierte auszutauschen, konnten wir daher nicht denken und mußten abwarten, bis die betreffenden deutschen Abkommen zustandegebracht waren, um durch den Hinweis auf sie unsere Austauschvorschläge zu unterstützen. Nebenbei bemerkt, ist das deutsch-englische Austauschabkommen noch nicht ratifiziert und auch noch nicht in Ausführung; diesbezügliche Angaben unserer Internierten beruhen auf Irrtum.

Unsere Verhandlungen mit den Westmächten befinden sich jetzt im entscheidenden Stadium, ihr Ausgang ist unbestimmt. Die Größe der besonders unserer Regierung entgegenwirkenden Schwierigkeiten sollen aber nicht übersehen oder gering eingeschätzt werden. Wir haben weder so viele französische und englische Kriegsgefangene wie Deutschland, und die etwa 500 Engländer in der Monarchie zählen nichts im Vergleiche zu den vielen tausenden Franzosen in den von deutschen Truppen okkupierten Gebieten.

Die Vorschläge der österreichisch-ungarischen Regierung wegen eines allgemeinen Austausches sind sogleich nach dem Abschlusse der betreffenden deutsch-englischen und deutsch-französischen Abkommen erstattet worden. Ihr Schicksal ist — wie gesagt — noch ungewiß, und von Versuchen, der mangelnden Einsicht der westlichen Regierungen durch Repressalien an ihren bei uns weilenden Nationalen nachzuhelfen, ist nicht nur wegen deren geringer Zahl, sondern auch darum wenig zu halten, weil die Ententepresse in solchem Falle sofort eine erneute Hege gegen unsere Nationalen beginnen und deren schlechtere Behandlung fordern und auch wohl durchsetzen würde. Aber auch abgesehen davon, daß ein etwaiges gegenseitiges Hinausfizieren in der grausamen Behandlung der Wehrlosen uns wenigstens widerstrebt, würde ein einheitliches Vorgehen der Ententeregierungen bei der Erwidrerung der Repressalien 250.000 österreichische und ungarische Familienväter in Amerika, mit ihren Angehörigen mehr als eine Million Menschen, in Mitleidenschaft ziehen und von uns für ihre Unterstützung geradezu ungeheure Summen erfordern. Auch andere Auswege, an die schon gedacht worden ist, haben sich als nicht betretbar erwiesen. Wir können weder die wenigen Franzosen und Engländer, die sich in unserer Gewalt befinden, mit der weit größeren Zahl von Angehörigen der Westmächte, die sich in deutscher Haft befinden, sozusagen zusammenlegen, um den Druck der aus den oben dargelegten Gründen weit stärkeren und ausgiebigeren deutschen Macht- und Druckmittel auch für